

Leistungsbilanz

der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag

2003 bis 2008

1. Wirtschaftspolitik	... S. 2
2. Bildungspolitik	... S. 7
3. Finanzpolitik	... S. 9
4. Verkehrspolitik	... S. 14
5. Wissenschaft- und Hochschulpolitik	... S. 16
6. Umweltpolitik	... S. 20
7. Innenpolitik	... S. 21
8. Rechtspolitik	... S. 23
9. Sozialpolitik	... S. 25
10. Landwirtschaftspolitik	... S. 27
11. Kunst- und Kulturpolitik	... S. 29
12. Sportpolitik	... S. 32
13. Europapolitik	... S. 34
14. Medienpolitik	... S. 37
15. Demographischer Wandel	... S. 38

1. Wirtschaftspolitik



Dieter Posch, MdL

A. Mittelstandspolitik und Wirtschaftsförderung

Selbständige mittelständische Unternehmen sind das Rückrat der hessischen Wirtschaft. Gute Mittelstandspolitik ist die beste Wirtschaftspolitik. Die Liberalen setzen sich für die Überprüfung und den Abbau von Rechts- und Verwaltungsvorschriften ein. Alle

Gesetze und Verordnungen müssen weiterhin mit einem Ablaufdatum versehen sein. Der gezielte Abbau von Bürokratie durch administrative Erfordernisse schafft Freiraum, der für den unternehmerischen Kernbereich besser genutzt werden kann.

Die FDP-Fraktion hat sich mit mehreren parlamentarischen Initiativen dafür eingesetzt, die Rahmenbedingungen für die hessische Wirtschaft zu verbessern:

- So sollten die Bürokratiekosten zukünftig im Gesetzgebungsverfahren quantifiziert und mit Ausnahme der Gebühren für Genehmigungen und belastende Verwaltungsakte den Unternehmen erstattet werden. Durch die Quantifizierung der Kosten bereits im Gesetzgebungsverfahren werden die Belastungen transparent gemacht und dies kann dazu führen, dass bestimmte Regelungen gar nicht erst getroffen werden.
- Genehmigungserfordernisse werden auf ein Minimum beschränkt und grundsätzlich wird dem Anzeigeverfahren der Vorzug vor dem förmlichen Genehmigungsverfahren eingeräumt. Antragstellern soll in geeigneten Fällen ein Wahlrecht auf Genehmigung oder Anzeige ihres Vorhabens zustehen. Der Antragsteller kann dann zugunsten der Beschleunigung auf die amtliche Genehmigung verzichten, die die Übereinstimmung des Vorhabens mit allen rechtlichen Voraussetzungen belegt. Dafür muss der Antragsteller jedoch der Behörde gegenüber Sicherheiten erbringen, alle Kosten tragen und gegebenenfalls entsprechende Bestätigungen von Sachverständigen vorlegen.
- Aufhebung des Ladenschlussgesetzes

- Aufhebung des Sitzverbotes in Bäckereien oder Metzgereien.
- Aufhebung der Sperrzeiten zur Betreibung von Restaurant, Gaststätten
- Beschränkung der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen. Danach sollte sich eine Kommune nur dann wirtschaftlich betätigen, wenn eine Aufgabe nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann. Leider konnten wir uns mit dieser Auffassung nicht durchsetzen. Die CDU-Mehrheit hat sich unserer Auffassung nicht angeschlossen
- Neuorganisation der Wirtschaftsförderung. Die von der CDU-Alleinregierung eingeführte Trennung der monetären und nichtmonetären Wirtschaftsförderung hat sich nicht bewährt. Deshalb ist eine „Zusammenfassung der monetären und nicht-monetären Wirtschaftsförderung“ unumgänglich. In diesem Bereich geht es um eine Bündelung statt Zersplitterung.

Die FDP-Fraktion hat in der zweiten Hälfte der Legislatur gefordert, dass die Landesregierung das Mittelstandsgesetz aufhebt. Die Beteiligung der Wirtschaftsverbände vor dem Erlass von Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften die den Mittelstand mittelbar und unmittelbar betreffen sowie die im bisherigen Mittelstandsgesetz festgelegte Mitwirkung bei Entwicklung von Förderprogrammen und bei Prüfung von Bürgschaftsanträgen ist allerdings weiterhin zu gewährleisten. Nach Auffassung der FDP-Fraktion ist für eine gute Mittelstandspolitik kein Gesetz nötig, sondern die Aufhebung von gesetzlichen Vorschriften, die den Mittelstand behindern.

Darüber hinaus hat die FDP-Fraktion in einem sieben Punkte umfassenden parlamentarischen Antrag die Landesregierung aufgefordert, sich für eine Stärkung des Standortes Hessen einzusetzen. Die von der FDP-Fraktion geforderten Maßnahmen umfassen u.a.:

- der Rhein-Main-Flughafen in Frankfurt am Main so schnell wie möglich eine weitere Landebahn benötigt.
- den Erhalt des Kernkraftwerkstandortes Biblis mit seinen rund 1.000 Arbeitsplätzen und Laufzeitverlängerung von Biblis A und Biblis B.

- Rücknahme der Mehrwertsteuererhöhung und
- den „Vorschriftendschunel“ in Hessen zu lichten und 37 Gesetze im Landtag zur Aufhebung vorzulegen.

Parallel dazu, muss die Technologie- und Strukturförderungsinstitutionen des Landes strukturell besser vernetzt werden. Hierzu haben wir mittels einer Parlamentsinitiative gefordert, die Rahmenbedingungen zur Kooperation der genannten Institute zu verbessern. Dabei muss im besonderen berücksichtigt werden, welche Aufgaben diese Institutionen haben und welche Kooperationsmöglichkeiten oder Fusionsmöglichkeiten im Hinblick auf die Investitionsbank Hessen, die Landestreuhandstelle, die Hessische Technologiestiftung, die Gesellschaft für Forschung und Entwicklung (FEH) und das Statistische Landesamt bestehen.

B. Finanzplatz Frankfurt

In einem 6-Punkte-Programm beschließt die FDP die Stärkung des Finanzplatzes Frankfurt. Ziel liberaler Wirtschaftspolitik ist es, die herausragende Stellung Frankfurt als Dienstleistungs- und Finanzzentrum zu stärken und diesen Jobmotor für das Rhein-Main-Gebiet und Hessen insgesamt auszubauen.

Diese Punkte umfassen u.a.

- die Aufhebung der gesetzlichen Schranken zur horizontalen und vertikalen Zusammenarbeit zwischen Kreditinstituten, unter Wahrung des Drei-Säulen-Systems,
- die Konzentration des Anlegerschutzes durch eine bundesweit zuständige Schwerpunktstaatsanwaltschaft für Wirtschafts- und Finanzdelikte am Finanzplatz Frankfurt
- die Konzentration der deutschen Börsenaufsicht am Finanzplatz Frankfurt und
- die Verlegung des Hauptsitzes der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) nach Frankfurt

Nicht zu unterschätzen sind dabei die sog. weichen Standortfaktoren. Hier sind an erster Stelle die zahlreichen Aktivitäten und Initiativen im geldpolitischen und bankbetriebswirtschaftlichen Bildungsbereich zu nennen. Darüber hinaus bietet Frankfurt ein breites qualitativ hochwertiges Schulangebot, ergänzt durch die internationalen Schulen. Kulturell enthält die Region mit ihren Museen, Theatern und Opern ein Angebot vor, dass den Anspruch eines internationalen Finanz- und Dienstleistungszentrums erfüllt. Liberale Politik erkennt die Bedeutung dieser weichen Standortfaktoren an und setzt sich für den Erhalt und die Förderung dieser Faktoren ein.

C. Tourismus in Hessen

Im Rahmen der Tourismuspolitik hat die FDP-Fraktion von der Landesregierung ein Konzept zur Neuorientierung der Tourismusförderung in Hessen gefordert. Dabei sollte die Landesregierung über den Stand der Umsetzung des Hessischen Destinationskonzeptes berichten sowie die weiteren Schritte darlegen. Dabei wurde auch Auskunft darüber erwartet, wie und in welcher Form die Tourismusförderung der hessischen Landesregierung und der HTS in die Hessenagentur GmbH oder in eine neue Wirtschaftsförderung eingebunden werden soll.

D. Sparkassen in Hessen

Die FDP hat einen Gesetzentwurf zur Novellierung des Hessischen Sparkassengesetzes vorgelegt. Wir wollen die Sparkassen in Hessen fit machen für den Wettbewerb und die Anforderungen der EU. Dazu gehören die Pflicht zur Bildung von Stammkapital und die Ermöglichung horizontaler und vertikaler Kooperationen. Letztlich muss die Beziehung zwischen dem öffentlichen Eigner und dem öffentlichen Kreditinstitut so geregelt werden, dass sie sich nicht von einer normalen wirtschaftlichen Eigentümerbeziehung unterscheidet.

Dazu gehört, dass bei den Sparkassen kein Unterschied mehr bestehen dürfe zu den Eigentümerbeziehungen eines Gesellschafters zur privatrechtlichen Gesellschaft. Daraus ergibt sich die Pflicht zur Bildung von Stammkapital und gleichzeitig auch der Zwang, Teile dieses Stammkapitals handelbar zu machen. Wir haben vorgesehen, dass der bisherige

Träger der Sparkasse mindestens 51 % des Stammkapitals behält. Mit der Begrenzung des Einstiegs Dritter auf 49 % des Stammkapitals werde zudem die diskutierte angebliche Gefahr einer „Verschleuderung“ des kommunalen Vermögens ausgeschlossen.

E. Beschleunigung von Planungsvorhaben

Die FDP-Fraktion konnte mit der Posch-Kommission entscheidend dazu beitragen, dass ein Gesetz zur Beschleunigung von Planungsverfahren beschlossen wurde. Damit wird es zu Bürokratieabbau und zur Beschleunigung von dringend notwendigen Planungsentscheidungen in Hessen kommen. Zum einen besteht nun die Möglichkeit auf obligatorische Raumordnungsverfahren zu verzichten. Dadurch entsteht eine erhebliche Zeiteinsparung von bis zu zwei Jahren. An die Stelle des bisherigen Raumordnungsverfahrens tritt eine sog. „Landesplanerische Stellungnahme. In den Fällen, in denen aus landespolitischer Sicht ein Raumordnungsverfahren zur Wahrung der Landesinteresse erforderlich ist, kann ein weiteres Raumordnungsverfahren durchgeführt werden. Die Benachrichtigung von der Einleitung des Anhörungsverfahrens soll grundsätzlich nur noch durch ortsübliche Bekanntmachung erfolgen. Eine schriftliche Benachrichtigung nicht Ortsansässiger soll nur noch dann erfolgen, wenn der Anhörungsbehörde der Aufenthaltsort bekannt ist.

Zum anderen wird auf den obligatorischen Erörterungstermin zugunsten eines fakultativen Erörterungstermins verzichtet. Darüber hinaus werden bei der Beteiligung der öffentlichen Stellen und der Öffentlichkeit bei Aufstellung und Änderung der Raumordnungspläne ergänzend zur Schriftform auch die Offenlegung und die Möglichkeit zur Stellungnahme in elektronischer Form eingeführt. Mit der künftig zulässigen elektronischen Korrespondenz für alle Beteiligten ist eine deutliche Verfahrensbeschleunigung zu erwarten, deshalb können die bisherigen Offenlegungsfristen von drei Monaten um einen Monat zu verkürzen. Privaten Einwendern wird außerdem die Möglichkeit eingeräumt, ihre Stellungnahmen binnen weiterer zwei Wochen abzugeben.

2. Bildungspolitik



Dorothea Henzler, MdL

Mehr Eigenverantwortung für Schulen

Die FDP-Landtagsfraktion hat sich dafür eingesetzt, dass die Schulen in Hessen mehr Eigenverantwortung erhalten. Eigenverantwortung in Schulorganisation und Unterrichtsgestaltung verbessert die Qualität des Unterrichts, erhöht die individuellen Fördermöglichkeiten für Schülerinnen und Schüler und sorgt für mehr Wettbewerb zwischen den Schulen. Dafür hat die FDP-Fraktion maßgeblich das Modellprojekt „Selbstverantwortung Plus“ im Bereich der beruflichen Schulen initiiert und wichtige Impulse für dessen Weiterentwicklung gegeben.

Mehr vorschulische Bildung – Kinderschule für Fünfjährige

Damit Kinder so früh wie möglich gemäß ihren Neigungen und Begabungen gefördert werden können, hat sich die FDP-Fraktion für eine Weiterentwicklung der Kindertagesstätten zu Bildungseinrichtungen, für die Einführung landesweit einheitlicher Standards für vorschulische Einrichtungen und für eine Öffnung der Einrichtungen für unter Dreijährige stark gemacht. Um allen Kindern beste Startchancen am Schulbeginn zu verschaffen, hat die FDP-Fraktion ihre Forderung nach einem verpflichtenden Vorschuljahr bekräftigt.

Mehr Lehrer

Die FDP-Fraktion hat die falsch angelegte Sparpolitik der Landesregierung im Schulbereich massiv kritisiert und sich für die Wiederbesetzung der im Jahr 2004 gestrichenen 1.000 Lehrerstellen eingesetzt. Für die stetig wachsende Zahl der befristet angestellten Lehrkräfte im hessischen Schuldienst haben die Liberalen im Landtag die Verbesserung der beruflichen Perspektiven durch ein Personalentwicklungskonzept eingefordert. Darüber hinaus wurden die Forderungen der FDP-Fraktion zu einer Qualitätsverbesserung der Lehrerausbildung mit einer Stärkung der praktischen Ausbildungsanteile in dem seit 2005 geltenden Lehrerbildungsgesetz umgesetzt.

Weniger Bürokratie

Dem bürokratischen und unpraktikablen Vertretungskonzept „Unterrichtsgarantie Plus“ der Landesregierung zur Vermeidung von kurzfristigem Unterrichtsausfall hat die FDP-Landtagsfraktion ihr Modell für die Einführung einer garantierten Schulzeit entgegen gehalten. Damit sollen die Schulen eigenständig über die sinnvolle Verwendung der Vertretungsmittel entscheiden können. Darüber hinaus hat die FDP-Fraktion mehr Tempo bei dem Ausbau von Ganztagsschulen und Ganztagsangeboten und ein weniger bürokratisches Verfahren der Mittelvergabe gefordert.

Erhalt der Schulvielfalt und der Bildungsgänge

Für den Erhalt eines vielfältigen Schulangebots auch in Zeiten des demographischen Wandels, das eine individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler nach Neigung und Begabung gewährleistet, hat die FDP-Fraktion landesweite Regionalkonferenzen durchgesetzt, die zu einer abgestimmten, schulträgerübergreifenden und nachhaltigen Schulentwicklungsplanung führen sollen. Die Liberalen haben sich für die Stärkung des Bildungsgangs Hauptschule ausgesprochen und verbesserte gesetzliche Rahmenbedingungen für Kooperative Gesamtschulen gefordert.

3. Finanzpolitik



Roland von Hunnius, MdB

Die FDP-Fraktion hat in der 16. Legislaturperiode diese finanz- bzw. haushaltspolitischen Schwerpunkte verfolgt:

- nachhaltige Finanzpolitik,
- wirksame, transparente und vom Parlament kontrollierte Umsetzung der Neuen Verwaltungssteuerung,
- bessere Steuerpolitik des Bundes.

Zu Beginn der Legislaturperiode legte die FDP-Fraktion einen „Werkzeugkasten“ mit 45 strategischen Maßnahmen zur mittelfristigen Haushaltssanierung in Hessen vor. Einige Vorschläge wurden von der Landesregierung aufgegriffen und – wenn auch teilweise halbherzig und unvollständig – umgesetzt. Dazu zählen zum Beispiel:

- Bemühungen zum Abbau des Personalkostenanteils am Landeshaushalt,
- Neustrukturierung der Staatsbauverwaltung (jetzt: Baumanagement),
- Veräußerung der Beteiligung an der Wohnstadt Stadtentwicklungs- und Wohnungsbaugesellschaft Hessen GmbH,
- Kündigung der Mitgliedschaft des Landes in der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL),
- Neuregelung der Arbeitszeit der Landesbediensteten,
- Konzentration der Finanzamtsstandorte.

Zur Umsetzung anderer Vorschläge der FDP-Fraktion wie etwa

- grundlegende Kritik der vom Land wahrgenommenen Aufgaben,
- Privatisierung des nicht-hoheitlichen Teils der Hessischen Zentrale für Datenverarbeitung (HZD),
- Entwicklung eines überzeugenden Konzepts für eine zukunftsgerichtete Beteiligungspolitik des Landes,
- Verschlinkung von Staatskanzlei und Ministerien und
- Überprüfung, Reduzierung und Befristung von Finanzhilfen

fehlten der CDU-Parlamentsmehrheit und der Landesregierung jedoch der Wille, die Kraft oder der Mut. Sie stehen für uns nach wie vor ganz oben auf der Agenda.

Finanzpolitik des Landes

Mit einer Reihe von Anträgen hat die FDP-Fraktion Einfluss auf die Haushaltspolitik der Landesregierung und der CDU-Alleinregierung genommen. Im Mittelpunkt standen dabei:

- eine klare Absage an jede Manipulation der verfassungsmäßigen Kreditobergrenze,
- die Festlegung, dass Steuermehreinnahmen nicht für weitere Ausgaben, sondern ausschließlich zur Senkung der Nettoneuverschuldung verwendet werden,
- die Forderung, die Genehmigung von Nettoneuverschuldung von einer Zweidrittelmehrheit der Abgeordneten abhängig zu machen,
- das Bestreben, die sogenannten Maastricht-Kriterien, die gesamtstaatlich bereits gelten, in sinnvoller Übertragung auch auf die hessischen Landesfinanzen anzuwenden und eine Regelung für Bund und Länder herbeizuführen, die den finanzpolitischen Zielen der Europäischen Union entspricht.

Die finanzpolitischen Anträge der FDP-Fraktion wurden größtenteils mit der CDU-Mehrheit abgelehnt, wobei in Einzelfällen durchaus inhaltliche Übereinstimmung signalisiert, letztlich aber eine Einengung des Ausgabenspielraums der Landesregierung verhindert wurde. Im Falle der Maastricht-Kriterien ist die CDU-Fraktion der Zielsetzung der FDP-Fraktion gefolgt. Wichtigste Ergebnisse sind:

- Die Landesregierung ist aufgefordert, sich dafür einzusetzen, die Maastricht-Kriterien sinngemäß auf Bund, Länder und Kommunen zu übertragen und dabei eine Sanktionsregelung zu vereinbaren.
- Jährlich wird ein "Maastricht-Bericht" veröffentlicht, dem zu entnehmen ist, wie sich die tatsächliche Verschuldung des Landes Hessen zu den in der Europäischen Union vereinbarten Kredithöchstgrenzen verhält.

Die FDP-Fraktion hat beantragt, künftig keine Restkreditermächtigungen mehr zuzulassen. Dies würde bedeuten: Wie vom Bund der Steuerzahler gefordert, wäre es künftig unmöglich, nicht ausgeschöpfte Kredite des einen Haushaltsjahres als "Restkreditermächtigung" auf das nächste Haushaltsjahr zu übertragen und damit den

Verschuldungsspielraum stillschweigend zu erweitern. Dieser Antrag wurde von der SPD-Fraktion unterstützt, von den anderen beiden Fraktionen aber abgelehnt.

Neue Verwaltungssteuerung

Die FDP hat sich mit mehreren Parlamentsinitiativen - teilweise gemeinsam mit allen übrigen Fraktionen, teilweise allein, teilweise gemeinsam mit den beiden anderen Oppositionsfraktionen - dafür eingesetzt, dass die Parlamentsrechte im Zuge der Umstellung auf die Neue Verwaltungssteuerung gewahrt bleiben und die Transparenz des Haushaltsaufstellungs- und -überwachungsprozesses gesichert wird. Zu Produkthaushalten und Zielsystemen wurde letztlich ein gemeinsamer Antrag aller Fraktionen verabschiedet. Der FDP-Antrag, die Haushaltsberatungen in zwei Teilen durchzuführen - erster Teil: Beratung der Ober- und Fachziele und daraus resultierender Vorgaben für die Haushaltsaufstellung, zweiter Teil: Beratung der Einzelpläne - erhielt dagegen nicht die Mehrheit des Hauses. Auf Antrag der FDP-Fraktion wurde das Verfahren bei dem Verkauf und der Rückmietung von Landesimmobilien ("Sale and rent back") an präzise, vom Hessischen Rechnungshof entwickelte Kriterien gebunden, um dem Haushaltsausschuss die Entscheidungsfindung zu erleichtern und sicherzustellen dass das wirtschaftliche Ergebnis dieser Transaktionen nicht negativ ist. Unter Mitwirkung der FDP-Fraktion wurde außerdem der Subventionsbericht umgestaltet. Im Konsens mit den anderen Fraktionen wurde beim Hessischen Landtag ein Budgetbüro eingerichtet, das - unabhängig von der Hessischen Landesregierung - die Führungsberichte der Landesregierung entgegennimmt, auswertet, den Fraktionen zur Verfügung stellt und außerdem während des laufenden Haushaltsjahres entstehende Fragen zum Haushaltsvollzug auf Anforderung der Fraktionen klärt.

Steuerpolitik des Bundes

Antragsgegenstände der FDP-Fraktion waren alle wichtigen Bereiche der Steuerpolitik. Dazu zählen beispielsweise

- die Gemeindefinanzreform (Ersatz der antiquierten Umsatzsteuer),
- die Unternehmensteuerreform (FDP-Konzept),
- die Reform der Einkommensteuer (Einführung der von der FDP beschlossenen drei Grenzsteuersätze und Freibetrag für jedes Mitglied des Haushalts),

- das Ziel, die von der schwarz-roten Koalition beschlossene Mehrwertsteuererhöhung zu verhindern,
- die dringend erforderliche Neustrukturierung der Mehrwertsteuer,
- die Überarbeitung der Warengruppen, die dem ermäßigten Steuersatz unterliegen; in diesem Zusammenhang hat sich die FDP-Fraktion dafür eingesetzt, Arzneimittel und Mineralwasser künftig mit 7 statt 19 Prozent zu besteuern,
- die Überführung der Gesetzgebungskompetenz für die Erbschaft- und Schenkungsteuer vom Bund auf die Länder.

Auf dem Feld der Steuerpolitik konnte sich die CDU-Fraktion in keinem Fall entschließen, den FDP-Anträgen zu folgen, obwohl diese teilweise im Einklang mit Beschlüssen von CDU-Bundesparteitagen standen oder (Beispiel: Mehrwertsteuer) ausdrücklich ein dringender Korrekturbedarf am System eingeräumt wurde.

Neben den Schwerpunkten „Finanzpolitik des Landes“, „Neue Verwaltungssteuerung“ und „Steuerpolitik des Bundes“ kümmerte sich die FDP-Fraktion um eine Fülle von Einzelfragen und erreichte dabei teilweise Mehrheitsbeschlüsse des Parlaments. Dazu gehört die Finanzierung der Europäischen Union (gemeinsam mit der FDP lehnt auch die CDU-Fraktion eine EU-Finanzierung über eine Europa-Steuer ab). Bei Private-Public-Partnerships führten die Gespräche zwischen den vier Landtagsfraktionen letztlich zu einem gemeinsamen Beschluss; ungeachtet dessen bleibt die Position der FDP-Fraktion zu PPP-Projekten deutlich offener als die sehr restriktive Einstellung der SPD-Fraktion.

Mit mehreren Parlamentsinitiativen hat sich die FDP-Fraktion dafür eingesetzt, auch im Verhalten der Finanzbehörden die Rechte der Steuerbürger - insbesondere die Grundrechte - nicht unangemessen zu beschränken. Ziele waren etwa:

- die Wahrung des Bankgeheimnisses,
- die Ablehnung des Zugriffs per Online-Abfrage auf die Konten und Depots aller Bankkunden (sogenannte "Kontenabrufe"),
- Abkehr von der bisherigen Praxis, dass Steuerbürger nicht von höchstrichterlichen Urteilen profitieren, deren Inhalt sie begünstigen könnte (indem die Anwendung dieser Urteile auf Dritte durch "Nichtanwendungserlass" blockiert wird).

Mit mehr als 50 Berichtsanträgen, Dringlichen Berichtsanträgen, Kleinen Anfragen und Mündlichen Fragen sowie zahlreichen Auskunftersuchen und formlosen Schreiben an die Landesregierung hat die FDP-Fraktion verschiedenste Einzelthemen der hessischen Finanzpolitik aufgegriffen und zum Gegenstand der parlamentarischen Erörterung gemacht. Dazu zählen beispielsweise:

- die Arbeit der Personalvermittlungsstelle,
- die Einstufung des Landes Hessen durch Rating-Agenturen,
- die beabsichtigte Fusion der Hessischen Zentrale für Datenverarbeitung (HZD) mit einem Unternehmen in Hamburg,
- die Veröffentlichung der Empfänger von EU-Strukturfördermitteln,
- die Gewährung von Flächenbeihilfen für die Landwirtschaft,
- das Liegenschaftsmanagement.

Mit diesen Aktivitäten sowie den Beratungen über die Haushalte und Nachtragshaushalte des Landes Hessen mit den dazugehörigen Änderungsanträgen verdeutlichte die FDP-Fraktion ihre eigenständige überzeugende Position in der Finanz- und Haushaltspolitik. Diese Position ist an den Eckpunkten

- Zuverlässigkeit,
- Nachhaltigkeit,
- Zielgenauigkeit

orientiert. Auch wenn die FDP-Initiativen aus der Opposition heraus naturgemäß in den meisten Fällen von der Parlamentsmehrheit abgelehnt wurden, wurden Kernthemen liberaler Finanzpolitik wie Aufgabenkritik des Staates, finanzielles Gleichgewicht, Generationengerechtigkeit und Subsidiarität unüberhörbar vorgetragen und schlüssig begründet. An den von der FDP formulierten Postulaten kommt keine künftige Landesregierung – egal welcher parteipolitischen Zusammensetzung – vorbei.

4. Verkehrspolitik



Dieter Posch, MdB

Mautkonzept

Nachdem am 01. Januar 2005 die Maut für LKW über 12,5 Tonnen eingeführt wurde, gab es in Hessen unmittelbar danach zahlreiche Beschwerden über mautverdrängten LKW-Verkehr auf Bundesstraßen. Die Landesregierung hat sich – charmant formuliert – engagiert zurückgehalten. Auf Druck der FDP wurden schließlich Verkehrszählungsergebnisse veröffentlicht, um das Desaster deutlich zu machen. In der Folgezeit kam es zu zahlreichen ad-hoc Entscheidungen der Landesregierung, die Einzelsperrungen von Bundesstraßen veranlasst hat. Wiederum hat die FDP ein Gesamtkonzept mit nachvollziehbaren Kriterien für den Mautverkehr angemahnt. Die Landesregierung sah sich außer Stande, eines vorzulegen. Nach vielen Anträgen der FDP und 14 Monaten Untätigkeit der Landesregierung haben die Liberalen Vorschläge für ein Gesamtkonzept gemacht, die eine dauerhafte Anwohnerentlastung sichern sollen. Von den vier gemachten Vorschlägen hat die Landesregierung schließlich einen aufgegriffen, nämlich die Rückverlagerung des Mautumgehungsverkehrs durch eine entsprechende Nutzung der geänderten Straßenverkehrsordnung.

Fahrgastrechte im ÖPNV stärken

Die FDP hat von der Landesregierung Einsatz zur Änderung der Eisenbahnverordnung (EVO) verlangt, um die Nutzung von Nah- und Fernverkehr kundenfreundlicher zu gestalten. Bislang konnte hier kein überzeugendes Ergebnis präsentiert werden. Um wenigstens im unmittelbaren Wirkungsfeld in Hessen Kundenverbesserungen (z.B. Pünktlichkeitsgarantie) zu erreichen, hat die FDP beantragt, bilaterale Vereinbarungen mit den beiden Verkehrsverbünden zu treffen.

Begleitetes Fahren (Führerschein mit 17)

Die FDP hat nach dem erfolgreichen Start dieses Projektes in Niedersachsen den Führerschein mit 17 auch für Hessen beantragt. Nach eineinhalbjährigen Sträuben der Landesregierung hat die Überzeugungsarbeit endlich gefruchtet.

Entschilderungsaktion

Die FDP will den hessischen Schilderwald lichten und hat deshalb die konsequente Durchforstung überflüssiger Hinweisschilder in Hessen beantragt. Ein entsprechendes Modellprojekt in Groß-Umstadt wird von der FDP unterstützt, leider aber von der hessischen Landregierung auf die lange Bank geschoben.

Gerechte Vergabeordnung im ÖPNV sorgt für fairen Wettbewerb

Im Zuge der ÖPNV Novellierung 2005 hat die FDP den Finger auf die Schwachstelle gelegt und herausgestellt, dass die Bedingungen für die Ausschreibungen im Bus- und Bahnverkehr geändert werden müssen, um Waffengleichheit von privaten Anbietern und öffentlich-rechtlichen Anbietern herzustellen. Die Vergabeverordnung wurde darauf hin geändert.

Planungsbeschleunigung

Die Dauer von Planungen für Infrastrukturmaßnahmen, seien es Straßenbauvorhaben oder anderen Projekten, ist eindeutig zu lang. Die von der Posch-Kommission erarbeiteten Vorschläge zur Verkürzung der Planungszeiten wurden 1:1 von der Landesregierung übernommen und sind via Bundesrat inzwischen Gesetz geworden.

Freie Entscheidung über die Taxifarbe

Die FDP hält es überholt, per Gesetz die normierte Taxifarbe allen Taxibetreibern vorzuschreiben und beantragt deshalb für Hessen die gleiche Flexibilität in dieser Frage wie sie in Baden Württemberg seit 2 Jahren mit gutem Erfolg gezeigt wird.

5. Wissenschafts- und Hochschulpolitik



Nicola Beer, MdB

In der laufenden Legislaturperiode hat die FDP-Fraktion sich aktiv dafür eingesetzt, den Weg der Autonomie für die hessischen Hochschulen weiter zu beschreiten, der bereits unter der liberalen Ministerin für Wissenschaft und Kunst, Ruth Wagner, eingeschlagen wurde. Die Detailsteuerung der Universitäten und Fachhochschulen durch das Ministerium soll weiter zurückgeführt werden, weil die FDP davon ausgeht, dass die jeweiligen Experten „vor Ort sitzen“. Dort werden die individuellen Leistungsprofile der Hochschulen gebildet.

Nur wenn sie genügend Freiraum erhalten, können sie sich optimal individuell aufstellen und den Wettbewerb untereinander wie auch mit auswärtigen Fachhochschulen und Universitäten annehmen.

In diesem Sinne sind die Liberalen für ein modernes Hochschulrecht eingetreten. Die Freiräume der Abschaffung des Hochschulrahmengesetzes sollen genutzt werden. Das Kapazitätsrecht muss dringend modernisiert, die Studentenlandverschickung durch die ZVS abgeschafft und ein vollständiges gegenseitiges Auswahlrecht für Studierende und Hochschulen im Sinne von Qualitäts- und Leistungsverbesserungen geschaffen werden.

Die CDU-Alleinregierung hat gleich zu Beginn der Legislaturperiode den Hochschulpakt gebrochen, was angesichts steigender Studierendenzahlen zu erneuter Unterfinanzierung der Hochschulen geführt hat. Im Gegensatz hierzu ist die FDP-Fraktion für eine Rückkehr zu einem partnerschaftlichen Verhältnis der Landesregierung zu den Fachhochschulen und Universitäten Hessens und finanzielle Planungssicherheit eingetreten.

TUD-Gesetz

Auf liberale Initiative wurde die Modellhochschule Technische Universität Darmstadt geschaffen. Durch aktive Mitarbeit im Gesetzgebungsprozess zum sogenannten TUD-Gesetz haben die hessischen Liberalen erreicht, dass die TU zu einer der autonomsten und damit fortschrittlichsten Hochschulen Deutschlands wurde. Unter anderem konnte

gegenüber den ursprünglichen CDU-Vorstellungen durchgesetzt werden, dass die Darmstädter Universität gesetzlich nicht mehr als staatliche Einrichtung bezeichnet wird. Ferner wurde verhindert, dass stimmberechtigte Mitglieder des Hochschulrates Mitglieder der Hessischen Landesregierung sein dürfen. Des weiteren konnte die FDP durchsetzen, dass die Verpflichtung der TU Darmstadt auf die Aufgabe, die Studierenden in angemessener Zeit zum Studienerfolg zu führen, an die staatliche Mittelzuweisung gekoppelt werden wurde. Am Widerstand der CDU scheiterte hingegen die FDP-Forderung, der TUD Autonomie auch in anderen Bereichen einzuräumen. Weder hat sie die volle Dienstherreneigenschaft erhalten, noch wurde ihr ein eigenes Haushaltsrecht eingeräumt.

Insgesamt ist das TUD-Gesetz dennoch als liberaler Erfolg zu werten, da eine Vielzahl wichtiger liberaler Änderungen durchgesetzt wurde.

Privatisierung Universitätsklinik Gießen-Marburg

Erfolgreich konnte die FDP-Fraktion durch konstruktive Vorschläge auch die Privatisierung des Universitätsklinikums Gießen-Marburg mit zum Erfolg führen. Von Anfang an haben die Liberalen die Idee der Privatisierung befördert und aus der Region Mittelhessen nach Wiesbaden getragen. Während der Landesregierung bei der vorangehenden Fusion der beiden Universitätskliniken erhebliche handwerkliche Fehler unterlaufen waren, konnten solche Probleme durch die konstruktive Oppositionsarbeit der FDP bei der anschließenden Privatisierung verhindert werden. Hierbei stand den Liberalen immer das zentrale Thema vor Augen, sowohl eine exzellente Krankenversorgung als auch die Freiheit von Forschung und Lehre zu gewährleisten.

Hier hat sich die FDP mit ihren wesentlichen Forderungen durchgesetzt; beispielsweise wurde den Dekanen eine hinreichend starke Stellung in der Geschäftsführung des Universitätsklinikums eingeräumt, um so sicherzustellen, dass das Spannungsfeld zwischen ökonomischen Erfordernissen und wissenschaftlichem Anspruch angemessen ausbalanciert wird. Besonders bedeutsam waren die Änderungen, die die Liberalen durchgesetzt haben, vor allem, weil durch sie sichergestellt wurde, dass der

Wissenschaftsrat dem Vorhaben zustimmte. So wurde die Rückforderung erheblicher Summen von Fördergeldern des Bundes vermieden, die andernfalls gedroht hätte.

Studentenwerksgesetz

Unter dem Oberthema der Autonomie stand auch ein eigener Gesetzentwurf, den die hessischen Liberalen zur Novellierung des Studentenwerksgesetzes in den Landtag eingebracht haben. Auf dem Weg der Effizienzsteigerung durch Deregulierung und mehr Freiheit wurde mit seiner Hilfe erreicht, dass das nahezu 40 Jahre alte Studentenwerksgesetz modernisiert wurde. Unter anderem konnten die Liberalen eine Öffnungsklausel durchsetzen, die den Hochschulen die Auswahl erlaubt, mit welchem Partner sie die Betreuung und Förderung der Studierenden sicherstellen wollen. Ebenfalls aus liberaler Feder stammt die Rückführung der Aufsicht des Ministeriums von der Fach- auf die Rechtsaufsicht, die Steuerung über Ziel- und Leistungsvereinbarungen sowie eine Neujustierung der Aufgaben zwischen Geschäftsführung und Verwaltungsrat.

Einführung von Studienbeiträgen

Die FDP-Fraktion hat auf der Grundlage ihres „3-Säulen-Modells“ zur Hochschulfinanzierung ein eigenes Studienbeitragsmodell entwickelt und als Gesetzentwurf in den Hessischen Landtag eingebracht. Mit seiner Hilfe sollten spürbare Qualitätsverbesserungen erreicht werden und die Studienbeiträge auch als Mittel des Wettbewerbs und der Profilbildung genutzt werden. Vor dem Hintergrund größtmöglicher Autonomie wollen die Liberalen es in die freie Entscheidung der Hochschulen stellen, ob und wenn ja, für welche Studiengänge sie Studienbeiträge in welcher Höhe erheben. Das liberale Modell sieht vor, dass Verbesserungen der Qualität von Studium und Lehre regelmäßig intern und extern evaluiert werden und bei unbefriedigenden Ergebnissen den Beitragspflichtigen ein Rückzahlungsanspruch gegen ihre Universität zusteht („Geld-zurück-Garantie“). Eine Reihe sozialer Befreiungstatbestände, der forcierte Ausbau des Stipendienwesens und nachlaufende Kredite, die nach dem Studium nur bei Erzielung eines Mindesteinkommens zurückzuzahlen sind, und bei herausragenden Studienleistungen erlassen werden, stellen sicher, dass jeder Studierende die Hochschule seiner Wahl besuchen kann.

Ferner hat sich die FDP-Fraktion dafür eingesetzt, die staatliche Grundfinanzierung nach dem Prinzip „Geld folgt Studierenden“ über Bildungsgutscheine zu gewähren und so die Nachfragemacht der Studierenden weiter zu erhöhen.

Hessischer Pakt für die Forschung

Weiteres Augenmerk der politischen Arbeit der 16. Legislaturperiode lag im Bereich der Forschungspolitik. Die FDP unterstützt die Lissabon-Strategie, Europa zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum“ in der Welt zu machen. Deshalb sind die Liberalen unter anderem dafür eingetreten, in Hessen das Lissabon-Kriterium, 3 % des BIP in Forschung und Entwicklung zu investieren, durch eine erhebliche Steigerung der staatlichen Ausgaben in diesem Bereich zu erreichen. Bisher ist Hessens vergleichsweise guter Stand nämlich vorwiegend den innovativen hessischen Unternehmen zu verdanken, während das Land Hessen hier noch erheblichen Aufholbedarf hat.

Außerdem hat sich die FDP-Fraktion dafür eingesetzt, einen „Pakt für die Forschung“ – vergleichbar dem Hochschulpakt – mit den außeruniversitären Forschungsinstituten Hessens abzuschließen. Durch ihn soll den Einrichtungen langfristige Finanzierungssicherheit gewährt werden, im Gegensatz zum Leben „von Projektfinanzierung zu Projektfinanzierung“. Im Gegenzug sollen mit ihnen Ziel- und Leistungsvereinbarungen geschlossen werden, deren Erreichung regelmäßig durch begleitende objektive Evaluation bewertet wird und über die Anschlussfinanzierung entscheidet.

Ebenfalls wichtig war den Liberalen in diesem Zusammenhang, die Verwertung der Forschungsergebnisse (Wissens- und Technologietransfer) umzuorganisieren und zu professionalisieren. Hessische Forschungsergebnisse sollen zukünftig schneller und möglichst auch in Hessen in verwertbare Produkte umgesetzt werden und die Forscher sollen besser von ihren Innovationen profitieren.

6. Umweltpolitik



Heinrich Heidel, MdB

Initiative Müllentsorgung

Die FDP hat Vorschläge unterbreitet, wie den zunehmenden Fehlwürfen von Abfall in den verschiedenen Tonnen begegnet werden kann. Die FDP-Idee, den Restabfall und die Wertstoffe künftig in einer gemeinsamen Tonne zu sammeln und anschließend maschinell zu trennen, wurde von der Landesregierung zwar positiv aufgenommen, leider ist bislang keinerlei Aktivität zu verzeichnen.

Biomasse nach vorne bringen

Das erklärte Ziel der FDP, die Biomasseförderung in Hessen auszuweiten, haben die Liberalen durch einen Haushaltsantrag, welcher eine Steigerung der Mittel auf 5 Millionen Euro beinhaltet, deutlich gemacht. Die Landesregierung ist diesem Antrag gefolgt.

Biokraftstoffbesteuerung rückgängig machen

Die FDP hat die Rücknahme der politisch willkürlich eingeführten Biokraftstoffbesteuerung in einem Antrag gefordert. Dieser Antrag wurde von allen angenommen.

Hessischer Klimaschutzpreis

Die FDP hat sich zum Ziel gesetzt, Klimaschutzmaßnahmen, die über den Stand der Technik hinausgehen, in besonderer Weise auszuzeichnen. Deshalb haben wir die Auslobung des Hessischen Klimaschutzpreises beantragt und gleichzeitig einen entsprechenden Haushaltsantrag gestellt. Die Landesregierung hat diesen Vorschlag aufgegriffen und im Februar 2007 den Klimaschutzwettbewerb ausgelobt. Alle hessischen Unternehmen können daran teilnehmen.

7. Innenpolitik



Jörg-Uwe Hahn, MdL

Grundrechte schützen und Kriminalität bekämpfen

Die FDP hat sich für eine entschlossene Bekämpfung der Kriminalität und des Terrorismus eingesetzt und besonderen Wert darauf gelegt, dass dabei rechtsstaatliche Garantien und Grenzen des Grundgesetzes beachtet werden. Die Landesregierung hat im Rahmen der Novellierung der Sicherheitsgesetze, insbesondere den durch das Bundesverfassungsgericht geforderten Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung, nicht in ausreichendem Maße berücksichtigt. Wir haben hierzu eigene Gesetzesvorschläge gemacht, die leider von der absoluten CDU-Mehrheit abgelehnt wurden.

Transparentes und bürgerfreundliches Kommunalwahlrecht

Nachdem sich die FDP in Hessen seit 1987 für die Einführung der Persönlichkeitswahl bei Kommunalwahlen eingesetzt und dieses Ziel in der vergangenen Legislaturperiode durch die Ermöglichung des Kumulierens und Panaschierens bei völligem Wegfall der Sperrklausel auch erreicht hat, haben wir nach Auswertung der mit dem neuen Wahlrecht durchgeführten Kommunalwahlen in den Jahren 2001 und 2006 nur geringen Änderungsbedarf gesehen. Mit einem eigenen FDP-Gesetzentwurf sollten die Wählerinnen und Wähler noch durch einige zusätzliche Angaben zu den Kandidaten auf den Stimmzetteln bessere Auswahlmöglichkeiten bekommen. Insbesondere Alter, Wohnort und Beruf sollten unseres Erachtens auf den Stimmzetteln genannt werden. Ferner enthielt unser Änderungsvorschlag einige Vereinfachungen des Wahlverfahrens. So könnte statt der Versendung von Musterstimmzetteln analog der Praxis in Baden-Württemberg direkt der Original-Stimmzettel den Wählerinnen und Wählern übersandt werden. Ferner wollten wir einen Modellversuch zur Durchführung elektronischer Wahlen gesetzlich ermöglichen (Stimmabgabe über Internet oder per SMS). Auch diese Vorschläge hat die CDU abgelehnt.

Stärkung des Feuerwehrynachwuchses

Als einen Beitrag zur Lösung der Nachwuchsprobleme bei den Freiwilligen Feuerwehren haben wir für die gesetzliche Anerkennung von Kindergruppen gesorgt. Damit können Kinder nicht erst – wie bisher – im Alter von 10 Jahren in den Jugendfeuerwehren aktiv werden, sondern sich bereits mit 6 Jahren beteiligen und kommen dann auch in den Genuss eines umfassenden gesetzlichen Unfallschutzes.

Friedhofs- und Bestattungsrecht modernisiert

Bereits zu Beginn der Legislaturperiode im Jahre 2003 haben wir in einem Antrag die Landesregierung aufgefordert, das noch aus den 1930er-Jahren stammende und in verschiedenen Rechtsgrundlagen enthaltene Friedhofs- und Bestattungsrecht zu entbürokratisieren und freiheitlicher auszugestalten. Insbesondere sollten moderne Bestattungsformen, die von den Bürgerinnen und Bürgern zunehmend favorisiert werden, gesetzlich ermöglicht werden. Erst im Jahre 2007 hat dann die Landesregierung einen Gesetzentwurf zur Reform des Friedhofs- und Bestattungsrechts eingebracht, der zwar in die richtige Richtung geht, aber aus unserer Sicht viel zu zaghaft neue Bestattungsformen zulässt.

8. Rechtspolitik



Jörg-Uwe Hahn, MdL

Modernisierung der Justiz weiterführen

Die FDP hat sich dafür eingesetzt, dass die in der vergangenen Legislaturperiode begonnene Modernisierung der Justiz in Hessen unverändert fortgeführt wurde. Den Richterinnen und Richtern, Rechtspflegerinnen und Rechtspflegern sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern müssen moderne Informations- und Arbeitsmöglichkeiten an die Hand gegeben werden.

Wir haben mit Nachdruck die Forderung erhoben, eine elektronische Schuldnerkartei, ein vollelektronisches Grundbuch und eine bei den Grundbuchämtern der Amtsgerichte eingerichtete elektronische Baulastenkartei einzurichten, damit Anfragen und Anträge schneller, zielorientierter und unbürokratischer bearbeitet werden können. Ferner muss nach unserer Auffassung schnellstmöglich das vollelektronische Grundbuch einschließlich der Grundakte verwirklicht werden, um noch bürgernäher und effektiver arbeiten zu können.

Juristenausbildung verbessern

Um eine sachgerechte und sowohl den Interessen der um Rechtsrat nachsuchenden Bürger und Unternehmen als auch den Interessen der Anwaltschaft dienende Nachwuchsausbildung sicherzustellen, setzt sich die FDP für eine Aufspaltung des juristischen Vorbereitungsdienstes je nach angestrebtem Berufsziel ein. Hierbei soll die Referendarausbildung dreigliedrig nach den Berufszweigen Justizdienst, Verwaltung und Anwaltschaft erfolgen. Die Qualität ist ferner durch Intensivkurse und durch die Verbesserung der didaktischen Rahmenbedingungen zu steigern. Wir haben in diesem Zusammenhang eine institutionalisierte Einbeziehung der Anwaltschaft durch Gründung eines Beirats zur Behandlung von Fragen der anwaltsspezifischen Ausbildung und Prüfung gefordert. Im richterlichen Bereich müssen Fortbildungsbereitschaft und berufliches Engagement ein wesentlicher Teil der Personalentwicklung sein und gefördert werden.

Privatisierung des Gerichtsvollzieherwesens

Die FDP hat sich durch Einbringung Parlamentarischer Initiativen für einen freiberuflich tätigen Gerichtsvollzieher eingesetzt, denn so kann das Nachwuchsproblem durch eine attraktivere Ausgestaltung des Berufsbildes gelöst und die Wartezeiten der Gläubiger erheblich verkürzt werden. Dieses Modell würde insbesondere Unternehmen mit Liquiditätsengpässen entscheidend helfen. Auf die Beibehaltung des hohen Qualitätsstandards der Gerichtsvollzieherausbildung ist selbstverständlich zu achten.

Nach liberalen Vorstellungen würde der Gerichtsvollzieher künftig als beliehener Unternehmer handeln. Dadurch könnte der Staatsapparat verkleinert und der Landeshaushalt erheblich entlastet werden.

Schwerpunktstaatsanwaltschaft einrichten

Die FDP hat ein Konzept zur Einrichtung einer Schwerpunktstaatsanwaltschaft für Wirtschaftsstrafsachen erarbeitet. Eine solche Schwerpunktstaatsanwaltschaft mit möglichst bundesweiter Zuständigkeit für Kapitalmarktdelikte muss schnell umgesetzt werden, denn nur so ist eine effektive Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität durch Spezialisierung und Flexibilisierung möglich. Die von der Landesregierung vorgenommene Konzentration wirtschaftsrechtlicher Verfahren beim Landgericht Frankfurt am Main sowie einiger organisatorischer Veränderungen bei der Staatsanwaltschaft in Frankfurt am Main sind absolut unzureichend.

Die liberale Konzeption einer Schwerpunktstaatsanwaltschaft für Wirtschaftsstrafsachen sieht vor, eine verstärkte Verfolgung von Korruption, Börsenstraftaten, organisierter Kriminalität, Geldwäsche und Insiderhandel innerhalb Hessens zu verwirklichen. Darüber hinaus muss die bundesweite Zuständigkeit für die Verfolgung von Börsenstraftaten am Finanzplatz Frankfurt angestrebt werden. Das Fachwissen und die nötige personelle Ausstattung muss an dem Finanzplatz Nr. 1 in Deutschland, nämlich in Frankfurt am Main, konzentriert werden.

9. Sozialpolitik



Florian Rentsch, MdL

Die FDP-Fraktion im Hessischen Landtag hat sich in der 16. Legislaturperiode umfangreich und aktiv dafür eingesetzt, den vorgelegten parlamentarischen Initiativen der anderen Fraktionen eine liberale Handschrift zu verleihen. Obwohl dies aufgrund der CDU-Alleinregierung nicht immer ein leichtes Unterfangen war, ist es der liberalen

Fraktion gelungen, Mehrheiten zu finden und so viele eingegangene Initiativen zu verbessern. Exemplarisch sind beispielsweise der gemeinsame Antrag mit der CDU und den Grünen zum Thema Flatrate-Partys zu nennen, der Antrag zur Gründung eines Landesjugendchores und der gemeinsame Antrag aller Fraktionen, um insbesondere für die Zeit während der WM auf die Situation von Zwangsprostituierten hinzuweisen und für deren Lage zu sensibilisieren. Interfraktionell wurde auch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Weiterentwicklung des Krankenhauswesens in Hessen verabschiedet, welches sich mit dem würdevollen Umgang mit Verstorbenen in Krankenhäusern befasst. Auch das Gesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen und andere Gesetze wurden interfraktionell, gemeinsam mit der CDU, abgeändert.

Ebenfalls konnte sich die Fraktion im Bereich der Sozialpolitik mit eigenen Anträgen durchsetzen, so etwa um die Ausbildungsplatzabgabe zu verhindern, Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe für Erwerbstätige zusammenzuführen, bei Härtefällen die Gestaltungsmöglichkeiten des Zuwanderungsgesetzes zu nutzen, eine Härtefallkommission einzurichten, die Sperrzeiten für Biergärten und Straußwirtschaften zu verlängern, die Gründung eines Jobnetzwerks zu forcieren, die Freigabe der Ladenöffnungszeiten voranzutreiben, Nutzungsänderungen für Behindertenparkplätze zu erwirken und die Dopingaffäre im Sport im Landtag umfassend zu thematisieren.

Ferner hat die FDP-Fraktion sich in der Debatte um ein Nichtraucherschutzgesetz sehr für eine eigenverantwortliche und freiheitliche Regelung für Gaststätten in Form einer Kennzeichnungspflicht engagiert, welche auf breite Resonanz der Öffentlichkeit gestoßen ist.

Bedauerlicherweise muss man erwähnen, dass viele Initiativen der liberalen Fraktion von der regierenden CDU ohne ersichtliche Gründe niedergestimmt wurden, frei nach der Devise „Wenn es nicht unsere Idee war, können wir nicht zustimmen“. Als Beispiel aus jüngster Zeit ist an dieser Stelle der FDP-Gesetzentwurf zur Änderung der Verfassung des Landes Hessen (Aufnahme von Rechten für Kinder und Jugendliche) zu nennen.

10. Landwirtschafts- und Verbraucherschutzpolitik



Heinrich Heidel, MdL

Die FDP-Landtagsfraktion hat es sich in ihrer landwirtschaftspolitischen Oppositionsarbeit zum Ziel gesetzt, die Wettbewerbsfähigkeit der hessischen Betriebe zu stärken und die ausufernde und unternehmensfeindliche Bürokratie, bedingt durch Vorgaben der EU- sowie der Bundesagrarpolitik, abzubauen.

Einsatz für Bürokratieabbau

Damit die engen bürokratischen Vorgaben und Einschränkungen durch die Bundesregierung beim Einsatz von ausländischen Saisonarbeitskräften nicht länger zu millionenschweren Verlusten in der hessischen Landwirtschaft führen, hat die FDP-Fraktion die Landesregierung zu einem Einlenken auf Bundesebene bewegt und den Abbau des staatlichen Dirigismus gefordert.

Einsatz für Bioenergie durch Landwirtschaft

Für eine nachhaltige und umweltschonende Energiegewinnung hat sich die FDP-Fraktion für die energetische Nutzung von nachwachsenden Rohstoffen eingesetzt, da somit den hessischen Landwirten auch eine neue Einkommensperspektive eröffnet wird. Insbesondere hat sich die FDP-Fraktion für die thermische Verwertung von Getreide stark gemacht und bewirkt, dass die Landesregierung auf Bundesebene die Schaffung der rechtlichen Rahmenbedingungen für die Nutzung von Getreide als Brennstoff verbessert hat.

Einsatz für Chancen Grüner Gentechnik

Eine verantwortungsvolle Nutzung der Grünen Gentechnik in der Landwirtschaft bietet Vorteile für Verbraucher und Umwelt, da Nahrungsmittel optimiert und Umweltbelastungen abgebaut werden können. Die FDP-Fraktion ist für einen ideologiefreien Umgang mit der Grünen Gentechnik eingetreten und hat sich für klare

rechtliche Rahmenbedingungen sowie für die Förderung von Forschung und Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen stark gemacht, damit Hessen in dieser wichtigen Zukunftstechnologie nicht den Anschluss verliert.

Einsatz für Verbraucherschutz

Im Bereich des Verbraucherschutzes hat sich die FDP-Fraktion für mehr Transparenz und eine bestmögliche Verbraucherinformation eingesetzt. Sie hat vor dem Hintergrund der vermehrten Lebensmittelskandale ein lückenloses Kontrollsystem bei der Lebensmittelüberwachung gemäß des Überwachungsansatzes „vom Acker bis auf den Teller“ gefordert und sich dabei insbesondere für verschärfte Kontrollen in weiter verarbeitenden Betrieben und im Lebensmittelhandel stark gemacht.

11. Kunst- und Kulturpolitik



Nicola Beer, MdB

Liberaler Kulturpolitik gründet in der Überzeugung, dass

- Kunst und Kultur unserem Land eine unverwechselbare einzigartige Identität verleihen. Liberale geben keinen Kunstbegriff vor, sondern stehen für eine Atmosphäre, in der Kreativität gedeiht und neue Ideen wachsen können.
- Kunst und Kultur das Verständnis und den Austausch zwischen unterschiedlichen Kulturen fördern und uns immer wieder ins Gedächtnis rufen, dass unser Handeln humanen Grundwerten verpflichtet ist. Kultur ermöglicht ein gesellschaftliches Klima, das nach unserem Selbstverständnis geprägt ist durch Modernität, Aufgeschlossenheit, Toleranz und Leistungsbereitschaft.
- künstlerisches Schaffen und Kultur berufen sind, die Vergangenheit erinnernd zu reflektieren, die Gegenwart kritisch zu kommentieren und die Zukunft visionär zu entwerfen. Kultur stellt in Frage und sucht neue Wege. So wird sie zur Triebfeder der gesellschaftlichen und auch der wirtschaftlichen Entwicklung.

Auf der Basis dieses Kulturverständnisses hat die FDP in der 16. Legislaturperiode zahlreiche liberale Akzente gesetzt.

Für die Liberalen war dabei nicht allein die gesellschaftspolitische Bedeutung der Kultur wichtig. Sondern es ging auch darum, ihre wirtschaftspolitische Rolle hervorzuheben. Kunst und Kultur sind nämlich nicht nur insofern ein Standortfaktor, als sie über das Image einer Region mitentscheiden, und das Kulturangebot zur nationalen wie internationalen Wahrnehmbarkeit beitragen. Viel mehr ist die Kulturwirtschaft selbst auch ein erheblicher Wirtschaftsfaktor. In ihren unterschiedlichen Bereichen werden ca. 16,1 Mrd. Euro (4,4 % des hessischen BIPs) erwirtschaftet. Ca. 22.000 steuerpflichtige Unternehmen und Freiberufler schaffen hier ca. 114.000 Arbeitsplätze (5,2 % der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse).

Freie Kulturinitiativen

Die FDP erachtet jede Art von Kunst und Kultur als gleichrangig und hält kulturelle Vielfalt für ein sehr hohes und bewahrenswertes Gut. Deshalb wurden in der 16. Legislaturperiode insbesondere die freien Kulturinitiativen und Künstlerzusammenschlüsse unterstützt. Sie genießen ein besonderes Augenmerk der liberalen Kulturpolitik, denn sie stellen ein wichtiges Gegengewicht zu den staatlichen Kulturinstitutionen dar. Wie zum Beispiel die soziokulturellen Zentren zeigen, sind die freien Initiativen gerade auch besonders stark in der künstlerischen Nachwuchsförderung.

Filmförderung

Weiteres Engagement der FDP galt der Film- und Kinoförderung, einem Bereich, der kreatives Potential und wirtschaftliche Effekte sehr deutlich verbindet.

Insbesondere haben wir uns dafür eingesetzt, dass die wirtschaftliche Filmförderung wieder von der Darlehensgewährung auf eine Risikokapitalförderung umgestellt wird, wie es zur Zeit der Einführung der wirtschaftlichen Filmförderung in Hessen durch Dieter Posch und Ruth Wagner als Minister der Fall war. Nur so kann den Besonderheiten der Filmbranche angemessen Rechnung getragen werden und können vor allem auch kleinere Filmproduzenten wirkungsvoll unterstützt werden.

Museumslandschaft Kassel

In Abstimmung mit der kommunalen FDP-Fraktion Kassel wurden auch die Planungen zur Umgestaltung der Museumslandschaft Kassel durch eine Anzahl Parlamentarischer Initiativen der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag begleitet. Besonderes Augenmerk der Arbeit war und ist die Forderung, möglichst alle bisherigen Ausstellungen in Kassel zu halten und auch den spezialisierten kleineren Häusern, wie zum Beispiel dem Tapetenmuseum, adäquate Möglichkeiten zu eröffnen. Weiteres Ziel war, dass durch die Umgestaltungspläne der Status des Weltkulturerbes, der für den Bergpark Wilhelmshöhe angestrebt wird, nicht gefährdet wird. Schließlich haben die Liberalen Wert darauf gelegt, dass über die herausragenden Pläne für die großen staatlichen und städtischen Museen die kleinen und vor allem freien kulturellen Initiativen der Stadt Kassel nicht „hinten runterfallen“.

Künstlerischer Nachwuchs

Die Nachwuchsförderung im Bereich Kunst und Kultur hatte auch weiterhin für die FDP-Fraktion im Hessischen Landtag einen großen Stellenwert. Kulturelle Kinder- und Jugendarbeit ist uns besonders wichtig, denn künstlerische Betätigung, sei sie bildend, sei sie musisch, stellt gerade für Heranwachsende immer eine wichtige Horizonterweiterung dar. Sie fördert Kreativität und Intelligenz und beeinflusst so die gesamte Persönlichkeitsentwicklung. Unser Engagement reichte von der Unterstützung einzelner künstlerischer Initiativen bis hin zu Parlamentarischen Initiativen, wie beispielsweise zur Gründung eines Landesjugendchors.

Kulturzwangsverband/Ballungsraumgesetz

Ein weiteres wichtiges Ziel der Arbeit der 16. Legislaturperiode lag in der Verhinderung des Kulturzwangsverbandes Frankfurt/Rhein-Main, den der Ministerpräsident Roland Koch (CDU) gegen den Willen der betroffenen Kommunen bilden wollte. Die FDP hat sich hiergegen mit einem eigenen Konzept für die Kulturregion gewandt. Sie ist für eine Lösung auf der Basis von freiwilliger Zusammenarbeit mittels eines Fonds oder einer Stiftung eingetreten, der bzw. die für den gesamten Ballungsraum, also beispielsweise auch für Mainz (Rheinland-Pfalz) oder Aschaffenburg (Bayern) offen stehen soll.

In diesem Sinne hat die kulturpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag, Nicola Beer, in der so genannten Kulturmediation mitgearbeitet, und diese Forderungen dort erfolgreich eingebracht.

12. Sportpolitik



Heinrich Heide, MdB

Vereinssport und Ehrenamt stärken

Da den Vereinen im Bereich des Sports nach wie vor eine herausragende Bedeutung zukommt, setzt sich die FDP für die Stärkung der Leistungsfähigkeit der Sportvereine ein. Künftig wird die Gewinnung von Mitgliedern, bedingt durch die vielfältigen weiteren Freizeitangebote und auch die demographische Entwicklung der Gesellschaft, eine große Herausforderung darstellen.

Von besonderer Bedeutung ist die finanzielle Unterstützung des organisierten Sports durch das Land. Die FDP hat sich für eine angemessene Unterstützung eingesetzt und wird dies auch in Zukunft tun.

Ehrenamtliches Engagement ist für den Sport von entscheidender Bedeutung. Wir setzen uns daher für die Förderung des Ehrenamtes ein. Dabei sind die Rahmenbedingungen finanzieller, rechtlicher und organisatorischer Art so zu gestalten, dass sie ehrenamtliche Betätigung erleichtern und eine freie Entfaltung des Sports ermöglichen.

Fairness im Sport – Kampf gegen Doping

Um die Bedeutung des Sports auch künftig aufrecht zu erhalten und viele Menschen weiterhin für den Sport begeistern zu können, muss die Glaubwürdigkeit des Sports erhalten werden. Die FDP hat daher die hessischen Sportverbände zu einem Fachgespräch zum Thema „Dopingbekämpfung in Hessen“ eingeladen und durch vielfältige Initiativen im Hessischen Landtag das Thema auf die Tagesordnung der Landespolitik gebracht. Die Bekämpfung des Dopings ist aus unserer Sicht in Zukunft von herausragender Bedeutung. In diesem Zusammenhang ist die ausreichende Finanzierung der entsprechenden Organisationen wie der WADA und der NADA sowie der medizinischen Einrichtungen von großer Bedeutung. Nur so kann gewährleistet werden, dass regelmäßig Dopingkontrollen durchgeführt und die Verfahren zum Nachweis von

Dopingmitteln kontinuierlich verbessert werden. Große Bedeutung zur Prävention haben aber auch gezielte Aufklärungskampagnen. Neben dem Bereich des Leistungssports müssen auch im Bereich des Breitensports alle Anstrengungen unternommen werden, um Dopingmissbrauch so weit wie möglich zu verhindern. Wir werden dafür sorgen, dass die Bekämpfung des Dopings auch künftig großen Stellenwert bekommt.

13. Europapolitik



Roland von Hunnius, MdB

Die FDP-Fraktion im Hessischen Landtag hat in der 16. Legislaturperiode umfangreiche europapolitische Aktivitäten entfaltet. Sie steht für ein klares Bekenntnis zur europäischen Integration, zur Erfolgsgeschichte der europäischen Einigung und einer föderalen Weiterentwicklung und Vertiefung der Europäischen Union. Ein Schwerpunkt ihrer Arbeit lag auf der Kontrolle der europapolitischen Initiativen und Entscheidungen der Hessischen Landesregierung.

Parlamentarisch wie außerparlamentarisch wurden die Vertiefung und Erweiterung der Union ebenso eng begleitet wie der Verfassungsprozess. Hier hat die FDP-Fraktion immer wieder – durch Landtagsinitiativen wie durch die Teilnahme an Veranstaltungen und die Veröffentlichung von Gastbeiträgen in hessischen Tageszeitungen – die Vorteile und Erfolgsbedingungen der Integration herausgestellt.

Mit mehreren Anträgen hat die FDP-Fraktion sich für die Umsetzung der Lissabon-Strategie in Hessen eingesetzt. Thematisiert wurden hier nicht nur die Ausgaben für Forschung und Entwicklung, sondern auch sonstige Wachstumsbremsen, die auf landespolitischer Ebene abgeschafft werden könnten, wie z.B. überbordende Bürokratie. Auch das 7. Forschungsrahmenprogramm war auf Initiative der FDP-Fraktion Gegenstand der Landtagserörterungen. Hier hat die FDP-Fraktion sich dafür eingesetzt, den Anteil der Fördermittel, die nach Hessen fließen, zumindest bis auf die Höhe des Anteils von Hessen am Gesamt-BIP zu steigern.

Im Vorfeld der deutschen EU-Ratspräsidentschaft hat die liberale Fraktion sich dafür eingesetzt, diese einflussreiche Periode für die hessischen Bürger und Unternehmen zu nutzen. Beispielsweise wurde eine Initiative in den Landtag eingebracht, die Präsidentschaft zu nutzen, um die dringend erforderliche Reform des Agrarmarktes im liberalen Sinne voranzutreiben. Hier muss der Überregulierung ein Ende gesetzt werden.

Im Gegenzug müssen endlich gleiche Bedingungen für alle Wettbewerber geschaffen werden.

Schließlich haben die hessischen Liberalen einen eigenen Gesetzentwurf zur „Information des Hessischen Landtags in Angelegenheiten der Europäischen Union“ eingebracht. Hierdurch sollte gezielt die Rolle des Parlaments in Fragen der EU gestärkt werden. Damit sollen die Mitwirkungsrechte und -möglichkeiten der ersten Gewalt gesichert werden. Eingeführt werden soll ein geregelter Informationsfluss sowie ein Stellungnahmerecht des Landtags. Die jeweilige Landesregierung wird im Rahmen der verfassungsrechtlichen Möglichkeiten verpflichtet, die Auffassungen des Landtags zu beachten und sie in die Bundesratsverfahren einzubringen. Unter anderem soll hierdurch der künftigen Stärkung der Rolle der nationalen und regionalen Parlamente bei der Kontrolle der Einhaltung des wichtigen Subsidiaritätsprinzips Rechnung getragen werden.

Außerdem hat die FDP-Fraktion konstruktive Oppositionsarbeit durch eine Vielzahl weiterer Anträge, Anfragen und Berichtsanträge geleistet. Wichtige Themen waren hierbei die mangelnde Haushaltsdisziplin der Landesregierung, durch die der Stabilitäts- und Wachstumspakt gefährdet wurde, sowie das europäische Satellitennavigationssystem Galileo, das unter anderem vom hessischen Standort Darmstadt aus gesteuert wird. Auch die Finanzen der EU sowie der Umgang mit europäischen Fördermitteln durch die Landesregierung waren Gegenstand mehrerer Initiativen. Hier hat sich die FDP-Fraktion regelmäßig dafür stark gemacht, Fördermittel möglichst effizient und marktkonform einzusetzen im Gegensatz zur häufig konzeptlosen Mittelverteilung durch die Landesregierung.

Unter europapolitischen Aspekten hat sich die FDP-Fraktion auch für die hessische Wirtschaft eingesetzt. Regelmäßig wurden die Auswirkungen europäischer Rechtsetzungsakte wie auch sonstiger Entscheidungen auf den Standort Hessen bzw. unsere Wirtschaft thematisiert. Initiativen betrafen hier unter anderem die Chemikalienrichtlinie (REACH), die Dienstleistungsrichtlinie, die Versicherungsvermittlerrichtlinie, Kommissionsentscheidungen (beispielsweise zum Flughafensystem), die Programme Better Regulation und Single European Sky etc.

Kritisch wurde auch die Arbeit der Landesregierung hinsichtlich der Wahrnehmung hessischer Interessen in Brüssel begleitet. Hier hat sich die FDP-Fraktion mit einem ausführlichen Antrag für eine Neuausrichtung der Aufgaben der Landesvertretung in Brüssel eingesetzt.

Die Landtagsfraktion der Liberalen hat sich auch mit einer Vielzahl außerparlamentarischer Aktivitäten auf dem Gebiet der Europapolitik engagiert. Ihre Mitglieder haben an zahlreichen Podiumsdiskussionen teilgenommen, um für die europäische Idee, aber auch liberale Grundsätze, zu werben. Der enge Austausch mit anderen liberalen Fraktionen (ALDE, Bundestagsfraktion, andere Landtagsfraktionen) wurde genutzt, um Ideen auszutauschen und koordiniert vorzugehen. Hier konnten ebenso Impulse aufgenommen werden wie aus der Mitarbeit in der Europa-Union Hessen. Zusammen mit Vertretern anderer Fraktionen war die FDP durch ihren europapolitischen Sprecher, Roland von Hunnius, der auch stellvertretender Vorsitzender des Europaausschusses des Hessischen Landtags ist, auf einer Vielzahl von Veranstaltungen im Rahmen der jährlichen „Europawoche“ präsent.

Insgesamt hat die FDP-Fraktion in europapolitischer Hinsicht eine Vielzahl von eigenen Akzenten setzen können, die Arbeit der Landesregierung durch konstruktive Oppositionsarbeit für die Bürger und Unternehmen Hessens begleitet und sich für die Fortsetzung der Erfolgsgeschichte „europäische Einigung“ eingesetzt.

14. Medienpolitik



Jörg-Uwe Hahn, MdB

Privatrundfunkgesetz modernisieren

Die FDP hat sich mit einem eigenen Gesetzentwurf zur Änderung des Privatrundfunkgesetzes für die Zulassung lokaler und regionaler Werbung eingesetzt. Die Öffnung hätte es insbesondere mittelständischen Unternehmen ermöglicht, gezielt in ihrer Region Werbung zu machen. Zwar war eine solche Öffnung auch noch im Referentenentwurf der Landesregierung enthalten, schlussendlich hatte sie aber leider nicht den Mut, einer solchen Freigabe zuzustimmen.

Von Mutlosigkeit war auch die Vorgehensweise der Landesregierung bezüglich der Zukunft der Offenen Kanäle und des nichtkommerziellen lokalen Hörfunks geprägt. Statt klar und deutlich gesetzgeberisch zu gestalten, wurde lediglich über die Finanzverteilungsregelungen – und auch hier nach einigem Vor und Zurück – die Versammlung der Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien gezwungen, die Einsparungen letztlich umzusetzen. In der heutigen Zeit sollte unserer Auffassung nach über die Einrichtung einer eigenen Internetplattform diskutiert werden.

Keine Rundfunkgebühren für Internet-PCs

Die FDP hat sich gegen die Anhebung der Rundfunkgebühren zum 1. April 2005 sowie gegen die Einführung der Gebühr für internetfähige Computer ausgesprochen. Durch die weltweit einmalige Einführung der Gebühr für internetfähige PCs werden viele Haushalte und vor allem viele kleine Unternehmen finanziell zusätzlich belastet. Insbesondere Freiberufler und mittelständische Unternehmen sind von der Neuregelung betroffen. In ihren Büros befinden sich regelmäßig keine Radio- bzw. Fernsehgeräte, jedoch sind sie zur Berufsausübung auf internetfähige PCs angewiesen. Computer werden hier also ausschließlich als Arbeitsgeräte angeschafft und genutzt, nicht wie in Privathaushalten überwiegend als Zweit- oder Drittgeräte. Dadurch wurden die Freien Berufe und kleine mittelständische Unternehmen in unzumutbarer Weise belastet. Im Übrigen ist es etwas widersprüchlich, wenn die Landesregierung auf der einen Seite moderne Kommunikationsmöglichkeiten fördert – was richtig ist – und auf der anderen Seite diese Kommunikationsmöglichkeiten durch die Rundfunkgebühr zusätzlich belastet.

15. Demographischer Wandel



Ruth Wagner, MdL

Der demographische Wandel wird von der hessischen FDP-Fraktion schon seit langem als Querschnittsaufgabe wahrgenommen, die nahezu jeden Politikbereich betrifft. In diesem Sinne stellen wir uns seinen Herausforderungen, aber auch seinen Chancen mit einem ganzzeitlichen Politikansatz, der alle Entwicklungsfelder im Land betrifft.

Ruth Wagner, Staatsministerin a.D., hat die Fraktion in der Enquêtekommission „Demographischer Wandel“ des Hessischen Landtages vertreten.

Wichtig war uns Liberalen, den demographischen Wandel nicht als Schreckensszenario, sondern als eine große Herausforderung zu begreifen. Hessen wird älter, weniger und bunter. Hierauf müssen wir reagieren, indem wir die politischen Rahmenbedingungen diesem Wandel anpassen. Hierfür hat die FDP-Fraktion ein großes Bündel möglicher Maßnahmen erarbeitet, die wir u.a. in unseren jeweiligen Handlungsempfehlungen, die den einzelnen Kapiteln des Abschlussberichtes der Enquêtekommission „Demographischer Wandel“ beigelegt sind. Neben anderen betreffen sie die Bereiche: Arbeitsmarkt, Bildung, Migration, Wohnumfeld und Stadtplanung sowie Familienpolitik.

Die FDP sieht unter anderem folgende Handlungsfelder für die Politik von Kommunen, Ländern und des Bundes:

- a) Ein früheres Schuleintrittsalter, eine verkürzte Schulzeit und eine verkürzte Studienzeit verlängern die Zeit, die der Einzelne im Erwerbsleben steht. Deshalb muss lebenslange Weiterbildung verpflichtend werden.
- b) Die reale Lebensarbeitszeit muss wieder verlängert werden. Im Besonderen muss der gesteigerten Leistungsfähigkeit in höherem Alter Rechnung getragen werden,

indem die Menschen nicht mehr mit Mitte 50 aus dem Arbeitsmarkt gedrängt werden. Wir stehen für einen flexiblen Renteneintritt ab dem 60. Lebensjahr. Die Menschen dürfen aber auch nicht gezwungen werden, mit 65 aus dem Berufsleben auszuschcheiden.

- c) Die Liberalen respektieren die Entscheidung für oder gegen die Realisierung des Kinderwunsches als höchst private. Dennoch kann eine wünschenswerte Steigerung der Geburtenrate bewirkt werden, indem jungen Menschen, die gerne Kinder hätten, Rahmenbedingungen zur Verfügung gestellt werden, in denen sie sich für die Realisierung ihres Wunsches entscheiden. Diese Rahmenbedingungen betreffen Familienpolitik im klassischen Sinne, wie z.B. ein durchdachtes Kinderbetreuungsmodell und familienfreundliche Arbeitsplätze; sie haben aber auch viel mit dem wirtschaftlichen Klima einer Gesellschaft zu tun. Eine durchdachte Wirtschaftspolitik, die Rahmenbedingungen für mehr Arbeitsplätze und einen flexiblen Arbeitsmarkt schafft, auf dem Arbeitslosigkeit nicht verfestigt wird, trägt ebenfalls zur Stärkung der Geburtenrate bei. Wissenschaftliche Untersuchungen haben erwiesen, dass die Angst vor wirtschaftlichen Unwägbarkeiten ein maßgebliches Hindernis der Familiengründung ist.
- d) Politik, die die Herausforderung des demographischen Wandels ernst nimmt, muss regional unterschiedliche Schwerpunkte setzen. Während Nordhessen bereits jetzt ausgedünnt wird, steht zunächst Südhessen noch weiteres Wachstum bevor. D.h. in Nordhessen bedarf es einer Strukturpolitik, die die Region interessanter für Unternehmensansiedlungen macht; beispielhaft kann hier angeführt werden, dass die nordhessische Verkehrsinfrastruktur ausgebaut werden muss, um neue Unternehmensansiedlungen zu bewirken und so neue Arbeitsplätze zu schaffen, die die Region für die Menschen attraktiver macht. In Südhessen hingegen muss Politik auf die zunehmende Verdichtung reagieren. Generell bedarf es auch einer zielgerichteten Integrationspolitik. Noch längst sind nicht alle Migrantinnen und Migranten, die in Hessen leben, auch wirklich integriert. Hier bedarf es einer nachholenden Integration. Trotzdem müssen weitere Anstrengungen unternommen

werden, hoch qualifizierte Kräfte aus anderen Regionen, wie auch dem Ausland, anzuwerben.

- e) Bedeutung hat der demographische Wandel auch generell im Bereich der Infrastruktur. Der ländliche Raum dünnt aus und altert. Deshalb müssen beispielsweise neue und flexible Konzepte zur Erschließung durch den öffentlichen Personennahverkehr gefunden werden. Auch die sonstigen Versorgungsnetze müssen einer geringer werdenden Nutzerzahl angepasst werden. Zumal muss bei künftigen Planungen beachtet werden, dass auf lange Sicht gesehen die Nutzer weniger werden, in einigen Gebieten aber zuerst noch mit einem Anstieg zu rechnen ist.
- f) Auf kommunaler Ebene muss darauf geachtet werden, die Stadtteile attraktiv und vital zu halten. Derzeit ist ein Trend zu beobachten, in dem die Stadtkerne austrocknen und städtische Quartiere immer stärker unter sozialen Gesichtspunkten separiert werden. Dem muss eine moderne Kommunalpolitik entgegen wirken.

Die Untersuchungen des Landtags, die einstimmig verabschiedet wurden, sollten Pflichtlektüre aller Kommunalpolitiker in Hessen werden. Sie werden voraussichtlich noch im Oktober oder November 2007 als Buch veröffentlicht.